

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Rinck, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10055 –

Deutsche Bauern nicht erneut belasten – Steuervergünstigung für Agrardiesel

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10056 –

Spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdopplung der Agrardieselerückerstattung

A. Problem

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Steuervergünstigung für Agrardiesel bis zum Jahr 2026 schrittweise abzuschaffen. Dies bedeutet nach Ansicht der Fraktion der AfD eine zusätzliche massive Belastung von mehreren 1000 Euro pro Jahr für die landwirtschaftlichen Betriebe. Die Bundesregierung untergrabe mit ihrem Vorhaben der Streichung ohne Kompensation den Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 15. Dezember 2023. Zusätzlich belastete der enorme Anstieg der Kraftstoffpreise für Diesel die deutschen Bauern massiv.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion der AfD sieht vor, dass der Deutsche Bundestag beschließen möge,

1. die Steuervergünstigung für Agrardiesel für 2024 beizubehalten, um die deutsche Landwirtschaft nicht zusätzlich zu belasten und die Lebensmittelpreise nicht künstlich weiter zu verteuern;
2. falls trotz aller vorliegenden Vorschläge für Einsparmöglichkeiten trotzdem Kürzungen im Einzelplan 10 für den Bundeshaushalt 2024 gefunden werden sollten, stattdessen die Mittel für den Abbau der Nutztierhaltung sowie die geplanten Mittel für die Wiedervernässung von Mooren zur Gegenfinanzierung zu streichen;
3. die Bundesregierung aufzufordern, die Beschlüsse der Parlamentsgremien zu respektieren und nicht im Widerspruch zum Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 15.12.2023 zu handeln.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10055 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion der AfD sieht vor, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. die Agrardieselerückerstattung ab dem Jahr 2025 von 21,48 Cent/Liter auf 42,96 Cent/Liter erhöht;
2. oder nach französischem Vorbild den Einsatz von Heizöl als Kraftstoff zum Antrieb von landwirtschaftlichen Fahrzeugen zulässt, so dass auf Agrardiesel keine Besteuerung mehr stattfindet;
3. die CO₂-Bepreisung auf Dieselmotoren schnellstmöglich abschafft.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10056 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Die Anträge diskutieren keine Kosten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/10055 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/10056 abzulehnen.

Berlin, den 21. Februar 2024

Der Finanzausschuss

Alois Rainer
Vorsitzender

Johannes Steiniger
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Johannes Steiniger

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/10055** in seiner 146. Sitzung am 17. Januar 2024 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/10056** in seiner 146. Sitzung am 17. Januar 2024 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Anträge der Fraktion der AfD sehen vor, dass der Deutsche Bundestag die Problematik der Besteuerung von Agrardiesel und der Kostenbelastung der deutschen Landwirtschaft wie in den Anträgen dargelegt feststellt.

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion der AfD sieht vor, dass der Deutsche Bundestag beschließen möge,

1. die Steuervergünstigung für Agrardiesel für 2024 beizubehalten, um die deutsche Landwirtschaft nicht zusätzlich zu belasten und die Lebensmittelpreise nicht künstlich weiter zu verteuern;
2. falls trotz aller vorliegenden Vorschläge für Einsparmöglichkeiten trotzdem Kürzungen im Einzelplan 10 für den Bundeshaushalt 2024 gefunden werden sollten, stattdessen die Mittel für den Abbau der Nutztierhaltung sowie die geplanten Mittel für die Wiedervernässung von Mooren zur Gegenfinanzierung zu streichen;
3. die Bundesregierung aufzufordern, die Beschlüsse der Parlamentsgremien zu respektieren und nicht im Widerspruch zum Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 15.12.2023 zu handeln.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion der AfD sieht vor, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. die Agrardieselerückerstattung ab 2025 von 21,48 Cent/Liter auf 42,96 Cent/Liter erhöht;
2. oder nach französischem Vorbild den Einsatz von Heizöl als Kraftstoff zum Antrieb von landwirtschaftlichen Fahrzeugen zulässt, so dass auf Agrardiesel keine Besteuerung mehr stattfindet;
3. die CO₂-Bepreisung auf Dieselmotoren schnellstmöglich abschafft.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 21. Februar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 21. Februar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 21. Februar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 21. Februar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der Finanzausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/10055 in seiner 83. Sitzung am 21. Februar 2024 erstmalig und abschließend beraten.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10055.

Zu Buchstabe b

Der Finanzausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/10056 in seiner 83. Sitzung am 21. Februar 2024 erstmalig und abschließend beraten.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10056.

Die **Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP** verwiesen auf die notwendige Neuaufstellung des Haushaltes 2024 aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom November 2023. In einem zügigen Verfahren sei der Haushalt nun aufgestellt worden. Teil dessen sei eine Überprüfung von bestehenden Subventionen gewesen. Die Koalition habe sich verständigt, bestimmte Subventionen abzubauen, unter anderem die Steuervergünstigung für Agrardiesel. Dies bedeute zwar eine Belastung für die Landwirtschaft, doch sei mit dem Abschmelzen über drei Jahre nun die Planbarkeit gewährleistet. Das Konsolidierungspaket für den Haushalt sei insgesamt ausgewogen.

Der Abbau der Steuervergünstigung für Agrardiesel sei zum Symbol für die Unzufriedenheit in der Landwirtschaft geworden. Die Situation der Landwirte in Deutschland sei von einem jahrelangen Höfesterben bei gleichzeitiger Konzentration der Anbieter gekennzeichnet. Die Koalition sei mit den Bauern im Gespräch. Dabei sei die Besteuerung von Agrardiesel aus Sicht der Bauern aber nicht der entscheidende Punkt. Vielmehr werde eine Vielzahl von Regulierungen und bürokratischen Belastungen von der europäischen bis hin zur kommunalen Ebene beklagt. Außerdem müsse die Marktmacht der Bauern gegenüber dem oligopolistischen Einzelhandel gestärkt werden. Darüber hinaus müssten die Landwirte bei den notwendigen Stallumbauten unterstützt werden. Es sei gut, dass konstruktive Gespräche über die Lage der Landwirtschaft begonnen hätten. Die Koalition werde die Gespräche weiterführen und Maßnahmen ergreifen, die Landwirtschaft zukunftsfähig zu machen. Die Landwirtschaft sei ein wichtiger Wirtschaftsbereich und müsse auf soliden Grundlagen arbeiten können.

Die vorliegenden Anträge gingen an den wesentlichen Problemen in der Landwirtschaft vorbei und stünden im Widerspruch zum eigenen Programm der AfD, in dem ein Abbau aller Subventionen und eine Stärkung des Wettbewerbs gefordert werde. Außerdem enthielten die Anträge sachliche Fehler. Irritierend sei auch, dass die Fraktion der AfD die CO₂-Bepreisung speziell für den Agrardiesel abschaffen wolle, während sie dieses Instrument eigentlich generell ablehne. Der Emissionshandel sei für die Koalition ein effizienter Weg, die notwendigen Klimaziele zu erreichen.

Die Koalitionsfraktionen unterstrichen, die Position der Fraktion der CDU/CSU zur Subventionierung des Agrardiesels sei hinlänglich bekannt. Es sei allerdings nicht angemessen, deswegen mit der Blockade des Wachstumschancengesetzes im Bundesrat die gesamte deutsche Wirtschaft in Geiselhaft zu nehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, sie habe bereits in der Plenardebatte verdeutlicht, dass die vorliegenden Anträge populistisch seien. Die Anträge griffen ein Thema auf, bei dem es Unruhe in der Bevölkerung gebe und widersprächen gleichzeitig dem eigenen Grundsatzprogramm der AfD, das klar eine Abschaffung von Subventionen und einen freieren Wettbewerb fordere.

Die Fraktion der CDU/CSU halte das von der Koalition vorgesehene Sonderopfer der Bauern, den Abbau der Steuervergünstigung für Agrardiesel, für einen großen Fehler. Dies trage zu einer Beunruhigung der Bevölkerung und insbesondere der Landwirtschaft bei. Die Fraktion der CDU/CSU habe die Koalition in den letzten Wochen wiederholt aufgefordert, diesen Fehler zu korrigieren. Dem in der Haushaltswoche vorgelegten Antrag der Fraktion der CDU/CSU hätten sogar vier Abgeordnete der Fraktion der FDP zugestimmt. Nun gebe es im Vermittlungsausschuss zum Wachstumschancengesetz eine letzte Chance, die alte Regelung zur Steuervergünstigung beim Agrardiesel zu retten. Jetzt könnten die Ministerpräsidenten der Länder zeigen, ob sie wirklich, wie bekundet, an der Seite der Landwirte stünden. Es sei gut, dass die Fraktion der AfD im Vermittlungsausschuss keine Rolle spiele. Man werde dafür arbeiten, dass dies auch in Zukunft so bleibe.

Die **Fraktion der AfD** verwies darauf, dass die Frage der Subventionierung von Agrardiesel einer der wichtigsten Punkte im Vermittlungsausschuss zum Wachstumschancengesetz sein werde. Die Fraktion der CDU/CSU solle zunächst ihr eigenes Grundsatzprogramm beachten, bevor sie dies von der Fraktion der AfD fordere. Die bestehenden Subventionen seien ein Ausdruck der verfehlten Wirtschaftspolitik der letzten 16 Jahre. Würde man dem Grundsatzprogramm der AfD folgen, würden keine Agrarsubventionen benötigt. Zwar hätten die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der CDU/CSU auf das Grundsatzprogramm der AfD verwiesen, dieses aber offenbar nicht verstanden. Die Ablehnung der Anträge durch die Fraktion der CDU/CSU sei ungläubwürdig.

Die CO₂-Bepreisung sei ein deutscher Irrweg, ebenso wie der deutsche Atomausstieg. Dies habe zu umfangreichen Subventionen im Energiebereich, wie etwa der Strompreisbremse oder den Vergünstigungen bei der Stromsteuer für Unternehmen geführt. Der gleiche Mechanismus greife beim Agrardiesel. Die Koalition sei auf europäischer Ebene mitverantwortlich für eine überbordende Bürokratie, nicht nur im Landwirtschaftssektor.

Für eine Einsparung in Höhe von einem Promille der Gesamtsteuereinnahmen habe die Koalition den sozialen Frieden in Deutschland aufs Spiel gesetzt und die Bauern auf die Straße getrieben. Es sei vor diesem Hintergrund unredlich, die vorliegenden Anträge als Populismus zu bezeichnen.

Die **Gruppe Die Linke** bezeichne die Situation der deutschen Landwirtschaft vor dem Hintergrund der angepassten mehrjährigen Finanzplanung der EU als schwierig. Außerdem sei in den Bundeshaushalten für 2023 und 2024 ein Rückgang der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) beschlossen worden. Die Rückführung der Steuervergünstigung für Agrardiesel komme nun ebenfalls noch als Belastung für die Landwirtschaft hinzu. Daher sei es verständlich, dass der Berufsstand sich wehre.

Die Fraktion der AfD vertrete marktradikale Positionen und lehne eigentlich alle Subventionen ab. Im vorliegenden Fall halte die Fraktion der AfD mit ihren Anträgen ihr Fähnchen in den Wind. Dies sei peinlich. Die Gruppe Die Linke lehne die vorliegenden Anträge ab.

Berlin, den 21. Februar 2024

Johannes Steiniger
Berichtersteller

